

## **Entwicklungspolitischer Rundbrief Nr. 7**

### **Heike Hänsel**

Entwicklungspolitische Sprecherin und Obfrau  
im Unterausschuss Vereinte Nationen

### **Hüseyin-Kenan Aydin**

Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung



**Berlin, den 20.7.2006**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

vom 11. bis 16. Juli hielt sich eine Delegation des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (AwZ) in Israel und Palästina auf. Die Ausschussreise fand vor dem Hintergrund eskalierender Gewalt im Nahen Osten statt. Zur Reise und zur Bewertung der Entwicklungen im Nahen Osten dokumentieren wir ab Seite 2:

- Interview mit Heike Hänsel in der jungen Welt vom 17.7.2006: Täglich kommt es zu gezielten Tötungen
- Interview mit Heike Hänsel im Neuen Deutschland vom 17.7.2006: Ohne Zwei-Staaten-Lösung kein Frieden

Außerdem kommentieren wir die europäisch-afrikanische Ministerkonferenz zu Migration am 11. Juli in Rabat und den G8-Gipfel vom 14. bis 17. Juli in St. Petersburg mit zwei aktuellen Pressemeldungen ab Seite 5.

Vor knapp 1 Jahr zog die Linke in den Bundestag ein. Einige Ernüchterung über die parlamentarischen „Gepflogenheiten“ hat sich seither eingestellt: So wurde DIE LINKE. kurzfristig von einem gemeinsam im AwZ erarbeiteten Antrag zur Lage in Norduganda wieder heruntergenommen. Wir dokumentieren hierzu ab Seite 6:

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. (16/1976): Für ein Ende der Gewalt in Norduganda
- Rede von Hüseyin-Kenan Aydin vom 29.6.2006: Norduganda – Koalition stimmt gegen ihren eigenen Antrag

Im AwZ verläuft die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit bisweilen auch konstruktiv. Ein Ausdruck davon war ein gemeinsamer Brief der Obleute an Landwirtschaftsminister Seehofer mit der Bitte um genauere Auskunft über die Verteilung der EU-Agrarsubventionen (siehe Rundbrief Nr. 2). Wir dokumentieren ab Seite 10:

- Antwort der BM Seehofer auf den Brief der Obleute im AwZ
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. (16/1962): Agrarhilfeempfänger offen legen

## **junge Welt: »Täglich kommt es zu gezielten Tötungen«**

### **Katastrophale Lage in den palästinensischen Gebieten. Entsetzen über das Schweigen der »internationalen Gemeinschaft«. Ein Gespräch mit Heike Hänsel**

*Sie waren bis Sonntag gemeinsam mit einer Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestags in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten. Wie stellt sich die Situation momentan dar?*

Die Palästinenser sind entsetzt über das, was sich im Libanon, aber auch im Gazastreifen abspielt. Die Versorgungslage von eineinhalb Millionen Menschen in Gaza ist katastrophal, es fehlt an Wasser, Strom, Medikamenten. Es gab zahlreiche Tote bei israelischen Angriffen, mehrere Ministerien der Autonomiebehörde wurden zerstört, 28 Parlamentarier darunter fünf Minister verhaftet. Der Gazastreifen ist völlig abgeriegelt. Die Mehrheit der Menschen ist auf Hilfslieferungen angewiesen. Täglich gibt es weitere Angriffe und gezielte Tötungen.

Viele Palästinenser und Teile der israelischen Friedensbewegung sind aber auch entsetzt darüber, daß die sogenannte internationale Gemeinschaft in ihrer Kritik so zurückhaltend ist. Gerade von der EU wird erwartet, daß sie endlich eine eigenständige Nahost-Politik entwickelt und eine neue Initiative für eine politische Perspektive in der Region ergreift.

*Sie haben unter anderem ein palästinensisches Flüchtlingslager, die israelische Mauer sowie verschiedene Friedens- und Wasserprojekte in den besetzten Gebieten besucht. Was sind die Hauptprobleme?*

Am gravierendsten ist sicherlich das umfangreiche, weitausgebaute System von Mauern, Checkpoints und Straßenblockaden, das jegliche Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung verhindert. Die Situation an diesen Checkpoints ist demütigend, voller Schikane. Der Landraub durch die Siedler ist weit fortgeschritten, ganze Stadtteile entstehen um Jerusalem, mit gut ausgestatteter Infrastruktur. Dadurch wird auch die wirtschaftliche Entwicklung blockiert, die hohe Arbeitslosigkeit von bis zu 60 Prozent ist ein großes Problem, mehr als 40 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze.

*Die Bundestagsdelegation hat auch Gespräche mit israelischen Regierungsvertretern geführt. Haben die Delegationsmitglieder die von Israel ausgehende militärische Gewalt kritisiert?*

Wir haben mit Vertretern des Außenministeriums und mit Schimon Peres gesprochen und natürlich die Militäraktionen Israels kritisiert. Aus den Antworten war deutlich zu hören, daß die israelische Regierung keinerlei politische Vorstellungen zur Lösung der momentanen Situation hat. Sie setzt ausschließlich auf militärische Aktionen.

*Haben Sie sich auch mit Vertretern der Hamas-Regierung getroffen?*

Nein. Das war eine offizielle Ausschußreise, und wir haben uns an die Vorgaben des Auswärtigen Amts gehalten. Ich kann hier nicht für die Delegation, sondern nur für mich sprechen. Ich halte diese Politik der Isolation für falsch. Die Regierung ist demokratisch gewählt. Ich kann die Politik der Hamas nur mit demokratischen Mitteln überwinden, durch kritischen Dialog und politischen Druck. Diese Position haben wir sowohl von der israelischen Friedensbewegung als auch von zahlreichen Palästinensern, zum Beispiel von Fatah-Vertretern, gehört.

*Wird eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts ohne Einbeziehung der Hamas überhaupt möglich sein?*

Nein, die Hamas ist eine Realität, die ich nicht einfach wegboycottieren kann, das zeigt auch die aktuelle Situation. Die israelische Regierung hat zu wenig Kontakt, um überhaupt die Frage der entführten Soldaten auf dem Verhandlungswege zu lösen. Die zivilen, aufklärerischen Kräfte in der palästinensischen Bevölkerung müssen gestärkt werden, nur so kann die Hamas marginalisiert werden.

*Wird es konkrete Initiativen der Linksfraktion geben, um die palästinensische Bevölkerung vor weiteren Bombardierungen zu schützen und zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes beizutragen?*

Wir haben angesichts der für die aktuellen Situation eine Sondersitzung des Auswärtigen Ausschusses beantragt. Mal sehen, wie die anderen Fraktionen darauf reagieren. Für Anfang November haben wir eine Nahost-Konferenz geplant.

Interview: Markus Bernhardt

Quelle: junge Welt vom 17.7.2006

---

**17.7.2006 Dokumentiert: Interview mit Heike Hänsel**

---

## **ND: »Ohne Zwei-Staaten-Lösung kein Frieden«**

### **Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel über Israels Verantwortung im neu eskalieren Konflikt**

*Heike Hänsel ist Bundestagsabgeordnete der Linken und sitzt im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Durch Entwicklungszusammenarbeit soll auch das Konfliktpotenzial im Nahen Osten verringert werden. Letzte Woche bereiste sie Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete. Die Abgeordnete sprach mit israelischen und palästinensischen Politikern sowie Vertretern von Friedensgruppen. Über ihre Einschätzung der aktuellen Lage im Nahen Osten sprach mit ihr für ND Ina Beyer.*

### **ND: Welche Alternativen hätte Israel zu den Reaktionen im Gaza-Streifen und gegen Libanon gehabt?**

Hänsel: Die Hisbollah hat die Angriffe auf Nordisrael gewissermaßen inszeniert, um Chaos zu stiften, damit sie die israelischen Soldaten entführen kann. Solche Versuche gab es öfters in den letzten Jahren. Diesmal ist es aber zum ersten Mal geglückt. Hätte Israel keinen Angriff auf Libanon geplant, sondern wäre es wirklich Ziel gewesen, die israelischen Soldaten zurückzubekommen, wäre eine Verhandlungslösung mit Einschaltung Dritter möglich gewesen. Ministerpräsident Ehud Olmert hat dagegen vom ersten Moment an Verhandlungen abgelehnt.

Immer wieder wird dasselbe Argument bemüht: Man müsse den Druck erhöhen, um Stärke zu demonstrieren, und so die Angreifer in die Knie zu zwingen. Olmert wollte auch nicht mit der Hamas verhandeln, nachdem diese die Wahlen gewann. Er äußerte gleich zu Beginn, dass es keine Zugeständnisse an eine terroristische Regierung geben werde.

### **Olmert hält dagegen, dass nur die israelische Seite kritisiert werde, nicht aber, dass auch die Palästinenser mit Raketen auf Israel schießen. Wie bewerten Sie die Argumentation?**

Dies ist kein symmetrischer Konflikt, in dem zwei Staaten mit gleicher Kraft gegeneinander kämpfen. Israel ist militärisch weit überlegen. Im Gaza-Streifen wurde ein großer Teil der Infrastruktur bombardiert, was die Menschen dort ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Die Situation ist bedrohlich, es gibt keinen Strom und vieles muss über Hilfsmittel besorgt werden. Die Grenzübergänge sind geschlossen.

Eben auch wegen dieser Überlegenheit sind die Angriffe auf Libanon absolut inakzeptabel. Die Internationale Gemeinschaft hat allerdings versäumt, Entwicklungen innerhalb Libanons entgegenzuwirken, wo die Hisbollah-Milizen eine ganze Region im Süden kontrollieren. Es fehlt an internationaler Verantwortung. Zudem an Kräften: Die USA sind derzeit mit Irak beschäftigt, wir »kümmern« uns um Kongo. Die zunehmende Stärke der Hisbollah ist für Israel ein unhaltbarer Zustand. In meinen Augen fehlt es für die Region an einer politischen Perspektive.

### **Gibt es überhaupt noch eine Chance für die Zwei-Staaten-Lösung?**

Derzeit wird vor allem über einseitige Entscheidungen bei der Grenzziehung gesprochen. Aber ohne Verhandlungen über den Rückzug aus den besetzten Gebieten und darüber, wo die Grenzen danach verlaufen, sind neue Konflikte mit den Palästinensern programmiert. Die Spirale der Gewalt wird sich also vermutlich weiterdrehen.

Alle wissen, dass sich der Konflikt ohne Zwei-Staaten-Lösung nicht beilegen lässt. Israel wird seine Bevölkerung ohne eine gerechte Lösung, die auch die Palästinenser einschließt, nicht schützen können. Ich denke, das israelische Staatsgebiet in den Grenzen von 1967 muss als Verhandlungsoption wieder auf den Tisch. Derzeit wird diese Möglichkeit allerdings überhaupt nicht anvisiert. Verhandlungen sind in weite Ferne gerückt.

### **Die USA stehen zu der Stärkeposition, die Israel aufrechtzuerhalten sucht, und haben in der Vergangenheit immer wieder Resolutionen gegen Israel durch ihr Veto blockiert. Welche Kritik kann man von außen angesichts dieser Differenzen gemeinsam äußern?**

Es ist schon fast traditionell: Die USA haben bisher fast jede Resolution gegen Israel durch ihr Veto verhindert. In der jetzigen Situation ist es schwierig, Israel umfassend zu kritisieren, da wie gesagt die Hisbollah durch ihre Provokationen den Konflikt initiiert hat. Auf der anderen Seite gibt es Übereinstimmung, dass die Unverhältnismäßigkeit der israelischen Reaktion – die Bombardierungen ganzer Regionen, die viele Opfer unter der Zivilbevölkerung fordert, die Zerstörung der Infrastruktur – gegen internationales Recht verstößt. Israel muss sich wie jeder andere Staat an internationales Recht halten. Dazu ist Druck von außen nötig. Der Krieg führt für Israel nirgendwohin.

### **Für wie realistisch hielten Sie es, dass durch internationalen Druck die Militäroffensiven gestoppt werden können?**

Nur mit dem erhobenen Zeigefinger wird man nicht viel ausrichten können. Trotzdem muss man diesen Druck von außen aufrecht erhalten. Man kann im Grunde nur aufzeigen, dass auch Israel langfristig einen hohen Preis zahlt, wenn es seinen harten Kurs durchzieht. Ob Israel allerdings auf diesen Druck reagiert, ist eine andere Frage. Militärische Lösungen sind aber keine Lösungen für den Konflikt.

Quelle: Neues Deutschland vom 17.7.2006

## **Statt Flüchtlingsabwehr: Migration als Beitrag zur Entwicklung wahrnehmen**

*Zur europäisch-afrikanischen Ministerkonferenz zum Thema Migration, die am 10. und 11. Juli in der marokkanischen Hauptstadt Rabat stattfindet, erklärt die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Heike Hänsel:*

Während in Marokko die Vorbereitungen auf die europäisch-afrikanische Ministerkonferenz zur Migration auf Hochtouren liefen, sind an der Grenze zur den spanischen Territorien in Nordafrika erneut Flüchtlinge durch Schüsse der Polizei getötet worden. Statt aber dieses unmenschliche Vorgehen zu stoppen, will die EU die Flüchtlinge aus Afrika künftig mit noch mehr Polizei und mit militärischen Einsätzen aufhalten. So hat sie es im Vorbereitungsdokument auf die Migrationskonferenz, dem Aktionsplan von Dakar, angekündigt. Die entsprechende Aufrüstung der afrikanischen Partner will sich die EU 15 Milliarden Euro kosten lassen. Gleichzeitig soll die Verhandlung von Freihandelsabkommen mit afrikanischen Staatengruppen vorangetrieben werden.

Die EU wird auf diese Weise nicht bewirken, dass Menschen dort bleiben, wo es für sie keine Perspektive gibt; sie wird diese Menschen lediglich noch mehr Gefahren aussetzen.

Flüchtlingsabwehr und Freihandel sind keine Beiträge zur Entwicklung. Im Gegenteil: Ein neuer Ansatz wäre, Migration endlich als Beitrag zur Entwicklung wahrzunehmen. Migranten transferieren bereits heute dreimal so viel Geld in den Süden wie die gesamte globale Entwicklungshilfe. Deshalb sollte die Agenda der Ministerkonferenz vom Kopf auf die Füße gestellt werden: Statt über die Abwehr "illegaler" Migranten muss über die Ermöglichung legaler Migration und über die Förderung ihres Beitrags zur Entwicklung diskutiert werden. Die Aufrüstung an den EU-Außengrenzen und Einsätze mobiler Eingreiftruppen zur Flüchtlingsabwehr müssen dagegen gestoppt werden; Flüchtlingsabwehr darf nicht länger aus EU-Entwicklungsgeldern finanziert werden.

## **Hände weg von der Atomenergie, Frau Merkel!**

*Zum G8-Gipfel äußern Ulla Lötzer, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung, und Heike Hänsel, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., deutliche Kritik an den energiepolitischen Vorschlägen im Vorfeld und fordern demokratische internationale Entscheidungsprozesse ein.*

Hauptthema des diesjährigen G8-Gipfels, der am Wochenende in St. Petersburg stattfindet, wird die globale Energiewirtschaft sein. Russlands Präsident Putin und US-Präsident Bush sprechen sich im Vorfeld für einen Ausbau der Kernenergie aus. Dazu erklärt Ulla Lötzer: "In Russland, 20 Jahre nach Tschernobyl, einen Aktionsplan zu verabschieden, der die Förderung der Atomtechnologie – unter anderem über Kredite der Weltbank in Entwicklungs- und Schwellenländern – vorsieht, käme einer Gefährdung von Mensch und Natur über Jahrtausende gleich und wäre nicht zu verantworten."

Lötzer und Hänsel fordern Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich auf, kein Schlusdokument des Gipfels zu unterzeichnen, das auf einen Ausbau der Atomenergie hinausläuft. Die Bundesregierung habe sich darauf verständigt, innenpolitisch nicht am Atomkonsens zu rühren. "Das darf nicht dadurch konterkariert werden, dass nun über den Weg der Außenpolitik doch wieder den Atomkonzernen das Geschäft auf Kosten der Gesundheit und des Lebens vieler Menschen ermöglicht wird", so Lötzer.

Was die G8 vorführe, sei das Recht des Stärkeren, kritisiert Heike Hänsel: "Die acht mächtigsten Industriestaaten der Welt nehmen sich das Recht heraus, politische und ökonomische Entscheidungen zu treffen, die Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und auf Entwicklungschancen vieler Länder und Regionen haben – insbesondere der Länder und Regionen, die auf den G8-Tagungen gar nicht mit am Tisch sitzen. Und die Weichen werden natürlich ganz im Sinne der Interessen der G8-Staaten und ihrer Konzerne gestellt. Mit dieser undemokratischen 'Weltregierung' muss Schluss sein."

Die Fraktion DIE LINKE. fordert demokratische internationale Entscheidungsprozesse statt G8: Verabredungen zu global relevanten Themen sollen nicht mehr in den Rahmen der G8, sondern unter der gleichberechtigten Teilhabe der Entwicklungs- und Schwellenländer und unter Einbindung der Parlamente getroffen werden. Der Rahmen dafür kann einzig und allein eine in ihren Kompetenzen gestärkte und demokratisierte UNO sein.

---

**28.6.2006 Antrag der Fraktion DIE LINKE**

## **Für ein Ende der Gewalt in Norduganda**

**Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/1976)**

**Der Bundestag wolle beschließen:**

### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Seit 20 Jahren terrorisiert die vornehmlich kriminelle so genannte "Lord's Resistance Army" (LRA) den Norden Ugandas. Unter ihrer beispiellosen Gewalt und den Auseinandersetzungen mit der ugandischen Armee, der Uganda People's Defence Force (UPDF) leidet vor allem die Zivilbevölkerung. Dörfer und Felder werden nach wie vor niedergebrannt, Menschen misshandelt, Frauen und Mädchen vergewaltigt und Kinder entführt. Allein in den vergangenen zweieinhalb Jahren haben die Rebellen mehr als 10.000 Kinder verschleppt und sie als Kindersoldaten eingesetzt. Diese Kinder kehren traumatisiert in ihre Dörfer zurück und werden mitunter von ihren Familien als Mörder und ehemalige Rebellen verstoßen. Mehr als 1,6 Millionen Menschen wurden durch den Krieg entwurzelt, aus ihren Dörfern vertrieben und in Flüchtlingslager zwangsinterniert. Weit über eine Million Acholi, die Volksgruppe, die ursprünglich im Krisengebiet, in den Distrikten Gulu, Kitgum und Pader und im südlichen Sudan angesiedelt war, leben in mehr als 60 so genannten Schutzlagern im Norden Ugandas. Ursprünglich von der ugandischen Regierung als Schutzmaßnahme gegen Überfälle der LRA gerechtfertigt, sind die Lager zu leichten Angriffszielen der Rebellen geworden. Die UPDF gewährleistet keinen effektiven Schutz und hat sich ihrerseits ebenfalls schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen

lassen. Über zehn Jahre Lagerleben in unmenschlichen Verhältnissen haben die Menschen traumatisiert, die Anzahl der mit HIV/AIDS-Infizierten drastisch ansteigen lassen und eine humanitäre Dauerkatastrophe geschaffen, die die Entwicklung in der Region behindert. Die ugandische Regierung trägt die Verantwortung dafür, dass die ugandische Bevölkerung in Frieden und Freiheit leben kann. Sie muss sie vor jeglicher Form von unrechtmäßiger Gewalt insbesondere der LRA, aber auch der eigenen Sicherheitskräfte schützen. Korruption, vor allem auf Seiten des ugandischen Militärs, mindert jedoch das Interesse, den Konflikt zu beenden. Bislang sind auch alle Bemühungen gescheitert, mit der LRA zu einer Verhandlungslösung zu kommen.

Die internationale Gemeinschaft muss die ugandische Regierung bei ihren legitimen Bemühungen zur Bewältigung des Konfliktes und zum Schutz der Zivilbevölkerung unterstützen. Ein wichtiger Schritt war es, dass der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) im Oktober 2005 Haftbefehle gegen die fünf wichtigsten Rädelsführer der LRA erlassen hat. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass Anfang April 2006 ein Joint Monitoring Committee for Northern Uganda Anfang April eingesetzt worden ist, in dem vorerst die VN, die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Norwegen, die Niederlande und Uganda an einer umfassenden Strategie für Norduganda arbeiten können. Die Auseinandersetzung mit der LRA hat sich längst auf Südsudan und Ostkongo ausgeweitet. Ende 2005 wurden wiederholt südsudanesishe Dörfer von der LRA überfallen. Im Januar 2006 wurden acht Soldaten der UN-Friedenstruppe MONUC im Kongo von der LRA ermordet. Der Erfolg der Friedensprozesse und der diese unterstützenden VN-Missionen hängt auch von einer Bewältigung des Konflikts in Norduganda ab. Aus diesem Grund und wegen der humanitären Katastrophe muss die internationale Gemeinschaft ein verstärktes Interesse an einer nachhaltigen Lösung haben. Da Uganda ein Schwerpunktland der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland in Afrika ist, sollte Deutschland seinen politischen Einfluss verstärkt nutzen, um den nordugandischen Konflikt zu beenden.

## **II. Der deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,**

1. gemeinsam mit den europäischen Partnern die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Uganda zu nutzen, um die ugandische Regierung zu einer rechtsstaatlichen Bewältigung des Konfliktes mit der LRA zu drängen, sie dabei zu unterstützen und einen wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung in dem Konflikt mit der LRA und vor Übergriffen der eigenen Sicherheitskräfte einzufordern;
2. die Ernsthaftigkeit der ugandischen Regierung an Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen dringend anzumahnen und im europäischen Verbund unter Einbeziehung der Afrikanischen Union (AU) sich dafür einzusetzen, dass das neue Joint Monitoring Committee for Northern Uganda eine „Road-Map-For-Peace“ ausarbeitet und umsetzt. An den Vorgaben der Road-Map wird die ugandische Regierung dann gemessen werden;
3. sich für die Auflösung der Lager der ugandischen Flüchtlinge im Norden Ugandas einzusetzen, gemeinsam mit der AU und den europäischen sowie internationalen Geberländern bei der ugandischen Regierung auf eine überprüfbare Wiederansiedlung der Flüchtlinge in ihren Heimatgebieten zu drängen und die vollständige Rückgabe ihrer Äcker und Felder zu fordern;

4. sich dafür einzusetzen, dass die Regierungen Ugandas, der DR Kongo und Sudans noch stärker als bisher bei der Bewältigung des Konfliktes mit der LRA zusammenarbeiten;
5. sich gegenüber allen Verantwortlichen in der Region dafür einzusetzen, dass die fünf führenden Rädelsführer der LRA, gegen die der IStGH Haftbefehle erlassen hat, auch tatsächlich verhaftet werden;
6. sich dafür einzusetzen, dass Uganda glaubhafte und ernsthafte Anstrengungen unternimmt, Verbrechen der ugandischen Sicherheitskräfte, insbesondere der UPDF strafrechtlich zu verfolgen, und – falls dies nicht geschieht – dass der IStGH diese Untersuchungen einleitet;
7. die mit sieben weiteren Gebern (u. a. Weltbank und Afrikanische Entwicklungsbank) vereinbarte Geber-Strategie für Uganda (Uganda Joint Assistance Strategy) umzusetzen, die klare Vorgaben für die Umsetzung von demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen, für die Wahrung der Menschenrechte, die Sicherheit und Reintegration der Flüchtlinge und für konstruktive Friedensverhandlungen enthält;
8. Projekte und Initiativen, die sich für die Demobilisierung von Kindersoldaten, die Aufarbeitung ihrer Traumata und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft einsetzen, mit Nachdruck zu unterstützen.

## **29.6.2006 Rede im Deutschen Bundestag**

---

### **Norduganda: Koalition stimmt gegen ihren eigenen Antrag**

*Rede von Hüseyin Aydın, Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zum Antrag „Für ein Ende der Gewalt in Norduganda“, der zugleich von der Fraktion DIE LINKE. und als interfraktioneller Antrag von den übrigen Bundestagsfraktionen eingebracht wurde:*

Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Bürgerkrieg in Norduganda ist einer jener Konflikte, die in den deutschen Medien praktisch nicht stattfinden. Warum? Ist der Krieg nicht grausam genug? Nein, wer einmal die Bilder von traumatisierten Kindern gesehen hat, die nach einem Überfall auf ihre Dörfer die Eltern verloren haben, vergisst sie nicht mehr. Seit zwei Jahrzehnten wütet der Bürgerkrieg. Die brutale, christlich-fundamentalistische „Widerstandsarmee des Herren“ kämpft mit einer von Korruption zerrissenen ugandischen Armee um die Macht. Dieser Krieg hat eine humanitäre Katastrophe hinterlassen. Die Vereinten Nationen nannten den Krieg die „schlimmste vergessene Krise der Welt“.

Sprechen wir Klartext: Das Morden in Norduganda fand lange unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit statt, weil er die Interessen wichtiger westlicher Staaten nicht berührt hat. Dass sich der Bundestag heute mit seinen Folgen befasst, ist überfällig. Ich habe zusammen mit allen Kollegen im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf Initiative des Ausschussvorsitzenden, Kollegen Hoppe, an der Formulierung des vorliegenden interfraktionellen Antrages gearbeitet. Wir haben uns schließlich auf den vorliegenden Text geeinigt. Skandalös ist, dass Die Linke nun auf Betreiben der Fraktionsspitze

der CDU/CSU im Nachhinein als Antragsteller ausgeschlossen wurde. In Norduganda werden, wie die Union selber festgestellt hat, Dörfer und Felder niedergebrannt, Menschen misshandelt, Frauen und Mädchen vergewaltigt. Man sollte meinen, solch eine Feststellung lässt keinen Spielraum für parlamentarische Winkelzüge.

Falsch – kein Elend der Welt könnte so groß sein, als dass die CDU/CSU ihren Namen neben jenem der Linken ertragen könnte. Nennen Sie das eine gute Regierungsführung? Es steigert nicht gerade die Glaubwürdigkeit deutscher Entwicklungspolitik, wenn Sie den Regierungen in der Dritten Welt permanent die Prinzipien von Good Governance unter die Nase reiben, während sie selber diese Prinzipien in Deutschland bei der erstbesten Gelegenheit verletzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich erinnere Sie daran, wie dieser Antrag zustande kam. Wir Entwicklungspolitiker haben gemeinsam den Film „Lost Children“ gesehen. Es hat uns alle tief berührt, wie Kinder in Norduganda von Fanatikern aus den Familien gerissen und zu Killern gemacht werden. Im Mai kam **Bischof Odama** zu Besuch, der die konfessionsübergreifende ugandische Friedensbewegung vertritt. Bischof Odama appellierte an uns alle: Helfen Sie den Kindern! Die Fachkollegen aller Parteien im Ausschuss waren sich mit Bischof Odama darin einig, dass wir das tun wollen. Deshalb entstand der gemeinsam, interfraktionelle Antrag. Leider müssen wir nun feststellen, dass die Kollegen von der CDU/CSU lieber die Linke aus einem Antrag herausdrängen, anstatt mit ihr gemeinsam die Not der nordugandischen Bevölkerung anzupacken.

Mich würde interessieren, wie Sie diese etwas andere Form christlicher Nächstenliebe dem ugandischen Bischof Odama und den Christen in Deutschland begreiflich machen wollen.

(Beifall bei der LINKEN – Sibylle Pfeiffer [CDU/CSU]: Völlig problemlos!)

Die Union beweist damit nur eines, nämlich dass ihr hehre Ziele, wie die Absicherung von Wahlen oder die Eindämmung humanitärer Katastrophen, als Vorwand für militärische Einsätze gerade recht sind, ein gemeinsames Vorgehen aller Demokraten zur Unterstützung der ugandischen Friedensbewegung aber undenkbar ist. Das zeigt: Die Regierung interessiert sich für das Leid in Uganda so wenig, wie sie sich für die Opfer ihrer Sozialkürzungspolitik in Deutschland interessiert.

(Gabriele Groneberg [SPD]: Jetzt reicht es aber! – Widerspruch bei der CDU/CSU)

Deshalb versucht die große Koalition, die Linke aus dem politischen Prozess in Deutschland herauszumobben. Unsere Anwesenheit stört sie bei der Durchsetzung ihrer neoliberalen Politik wohl genauso, wie unsere Anwesenheit die systematische Ausweitung der Militäreinsätze stört.

(Olav Gutting [CDU/CSU]: Es ist zwar schon ganz schön spät, aber deswegen können Sie nicht so einen Mist erzählen!)

Doch Sie grenzen damit nicht nur die Linke aus, Sie grenzen auch 4,1 Millionen Wähler aus, die wir repräsentieren.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Aydin, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):**

Ich komme zum Schluss. – Wir von der Linken lassen uns das nicht gefallen.

(Olav Gutting [CDU/CSU]: Frau Präsidentin, jetzt müssen Sie durchgreifen!)

Wir haben einen gleich lautenden Antrag eingebracht. Sie werden gleich dem interfraktionellen Antrag zustimmen, dem auch ich zustimmen werde. Ich möchte einmal sehen, ob Sie den gleich lautenden Antrag der Linken nicht unterstützen.

(Jörg Tauss [SPD]: Der ist dann erledigt!)

Das würde Ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen.

(Beifall bei der LINKEN – Leo Dautzenberg)

[CDU/CSU]: Wenn Sie unserem zustimmen, ist Ihrer erledigt!)

---

***26.4.2006 Brief des BM Seehofer an den Vorsitzenden des AwZ***

---

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, für Ihr Schreiben vom 3. April 2006 danke ich Ihnen. Für eine qualifizierte Beratung des Themas EU-Agrarsubventionen im entwicklungspolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestags bitten Sie im Namen aller Obleute um einige wesentliche Informationen zu EU-Agrarsubventionen, die an Empfänger in Deutschland gezahlt werden. Ihr Schreiben bezieht sich insbesondere auf die EU-Direktzahlungen an die deutsche Landwirtschaft und auf Exportsubventionen.

Zum Thema Direktzahlungen übermittle ich Ihnen beigefügt zum einen eine Tabelle zur Verteilung der EU-Direktzahlungen in Deutschland nach Betriebsgrößenklassen für das Jahr 2004. Entsprechende Tabellen werden von der EU-Kommission für alle EU-Staaten regelmäßig veröffentlicht. Zum anderen übermittle ich Ihnen Informationen über die Höhe der Direktzahlungen nach Produktionsrichtungen und Betriebsgrößen. Diese Informationen sind dem Agrarbericht 2006 der Bundesregierung entnommen.

Die Direktzahlungen an die 100 Betriebe mit dem absolut höchsten Betrag kann ich hingegen auch ohne Nennung der Namen nicht offen legen. Es handelt sich um Einzelbetriebsdaten, die von den zuständigen Länderbehörden erhoben werden. Ihrem Verweis auf die Informationspraxis in anderen EU-Staaten kann ich leider nicht folgen, da in Deutschland sowohl unterschiedliche Verwaltungsstrukturen als auch unterschiedliche Rechtsgrundlagen bezüglich der Herausgabe von Informationen existieren. Mit der Übermittlung dieser Informationen möchte ich nicht versäumen, auf den auch entwicklungspolitisch wichtigen Gesichtspunkt hinzuweisen, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU seit 1992 konsequent darauf ausgerichtet ist, die handelsverzerrenden Wirkungen ihrer Maßnahmen sukzessive zurückzuführen:

- Preis- und Marktstützungsmaßnahmen wurden in allen wichtigen Produktionsbereichen erheblich verringert.

- EU-Agrarexportsubventionen wurden zwischen 1992 und 2005 deutlich zurückgeführt. Die EU hat im Rahmen der WTO-Verhandlungen zudem zugestimmt, die Exporterstattungen bis 2013 ganz auslaufen zu lassen.
- Deutschland hat die von der EU 2003 beschlossene Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion sehr konsequent umgesetzt. Die Landwirte erhalten die entkoppelten Direktzahlungen zukünftig unabhängig davon, ob und was sie an Agrarerzeugnissen produzieren. Die entkoppelten Direktzahlungen werden nunmehr gegenüber der Gesellschaft als Ausgleich für die Einhaltung der hohen Standards in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tier- und Umweltschutz gerechtfertigt. Die Gewährung der Direktzahlungen setzt die Einhaltung der hohen Standards der EU in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Tier- und Umweltschutz und die Einhaltung der Kriterien für die Erhaltung der Flächen in gutem landwirtschaftlichem und ökologischem Zustand voraus. Mit der Entkopplung der Direktzahlungen haben diese ihre handelsverzerrende Wirkung nahezu vollständig verloren.

Zum Thema „Exportsubventionen“ weise ich darauf hin, dass BMELV von keiner Seite regelmäßig direkte Angaben über an einzelne Unternehmen gezahlte Ausfuhrerstattungen erhält. Die Zuständigkeit des BMELV für diesen Bereich erstreckt sich auf die horizontale VO (EG) Nr. 800/1999 der Kommission „über Gemeinsame Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ (ABl. L 102 vom 17.04.1999, S. 11). Für die Durchführung der Maßnahmen ist das Bundesfinanzministerium zuständig. Zahlstelle ist das Hauptzollamt Hamburg-Jonas. Ausfuhrerstattungen werden in der Regel an Unternehmen gewährt, die zum Teil auch als verarbeitende Betriebe (z.B. Molkereien) auf den Export spezialisiert sind. Die Ausfuhrerstattung gleicht den exportierenden Unternehmen die Mindererlöse beim Export auf Drittlandmärkte aus. Die Exporterstattungen dienen der Marktregulierung mit dem Ziel der Stützung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise in der EU. Ich wäre deshalb dem developmentpolitischen Ausschuss verbunden, wenn er auch hierzu eine sachliche Diskussion der Thematik unterstützen würde.

**Anlage aus dem Brief von Horst Seehofer  
(Scann)**

**Zusammensetzung der ausgezahlten Direktzahlungen  
gemäß VO (EG) Nr. 1259/99  
für das Haushaltsjahr 2004**

Direkt- beihilfe je Betrieb	Pflanzliche Erzeugnisse				Tierische Erzeugnisse				Pflanzl. und tierische Erzeugnisse			
	Anzahl der Begünstigten	Anteil an der Gesamtzahl der Begünstigten in %	Absolute Beihilfen-höhe in Euro	Anteil der Beihilfe an der Gesamt- beihilfe in %	Anzahl der Begünstigten	Anteil der Gesamtzahl der Begünstigten in %	Absolute Beihilfen-höhe in Euro	Anteil an ges. Beihl- fe	Anzahl der Begünstigten	Anteil der Gesamtzahl der Begünstigten in %	Absolute Beihilfen-höhe in Euro	Anteil an ges. Beihl- fe
< 0 €	30	0,01	-59.380,61	0,00	177	0,09	-87.093,23	-0,01	121	0,04	-107.254,81	0,00
< 1.250 €	49105	17,68	31.867.653,49	0,80	63639	42,41	47.810.812,65	5,20	75262	22,27	44.320.080,19	1,01
< 2.000 €	24399	8,79	39.410.926,56	1,12	28781	14,61	45.714.815,30	4,97	28208	8,34	45.278.209,18	1,05
< 5.000 €	69480	25,02	234.685789,6	6,68	42882	21,82	136.238.500,70	14,80	70867	20,97	237.679173	5,41
< 10.000 €	56035	20,80	388817171,4	11,80	21838	11,09	153.622.242,18	16,69	63117	18,67	448.738.328,41	10,18
< 20.000 €	43915	15,81	616.370.793,06	17,48	11357	5,77	167.829.348,78	17,14	54508	16,13	772.103.971,13	17,60
< 50.000 €	22902	8,61	686.081.377,61	19,80	6585	3,33	192.878.758,04	20,95	34674	10,26	1.023.267.230,69	23,32
< 100.000 €	4514	1,63	307.658.317,50	8,72	1242	0,63	83.575.288,63	9,08	6374	1,89	429.733.776,69	9,79
< 200.000 €	2116	0,76	289.466.636,66	8,49	373	0,19	49.720.457,80	5,40	2397	0,71	334.647.829,25	7,63
< 300.000 €	822	0,33	227.122.480,68	6,44	77	0,04	18.528.507,00	2,01	656	0,20	234.167.211,88	5,34
< 500.000 €	789	0,28	259.428.665,53	6,48	36	0,02	13.316.701,61	1,45	905	0,27	342.969.188,24	7,82
> 500.000 €	509	0,18	373.601.533,07	10,60	17	0,01	21.314.257,36	2,32	629	0,19	477.161.354,92	10,67
Summe	277.716	100	3.526.041.275	100	198.964	100	920.580.598	100	335.016	100	4.387.849.115,63	100

Übersicht 14

Unternehmensbezogene Direktzahlungen und Zuschüsse in den landwirtschaftlichen Betrieben<sup>1)</sup>  
2004/05

Art der Zahlung	Klein- und Nebenerwerbsbetriebe	Haupterwerbsbetriebe	Juristische Personen
	Deutschland		Neue Länder
	€/Unternehmen		
Produktbezogen <sup>2)</sup>	5 477	16 338	372 323
dar.: Flächenzahlungen <sup>3)</sup>	4 065	11 288	294 582
Prämien für Tiere und Milch <sup>4)</sup>	1 320	4 649	64 490
Aufwandsbezogen	611	2 484	54 776
dar.: Zins- und Investitionszuschüsse	85	856	20 088
Agrardieselvergütung	502	1 538	27 775
Betriebsbezogen <sup>5)</sup>	2 772	5 454	104 299
dar.: Prämien für Flächenstilllegung	348	1 117	35 104
Ausgleichszulage	768	1 360	21 335
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen <sup>6)</sup>	1 422	2 595	41 820
Zahlungen insgesamt			
€/Unternehmen	8 860	24 274	531 351
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,1	+ 9,7	- 2,4
in % der betrieblichen Erträge	18,1	12,5	21,7
€/AK	11 438	12 446	21 721
€/ha LF	421	396	399

<sup>1)</sup> Ergebnisse des Testbetriebsnetzes.

<sup>2)</sup> Einschließlich Beihilfen für Flachs, Hanf, Energiepflanzen und Hopfen sowie sonstiger produktbezogener Zahlungen.

<sup>3)</sup> Flächenzahlungen für Getreide, Mais, Hülsenfrüchte, Ölsaaten.

<sup>4)</sup> Prämien für Mutterkühe, männliche Rinder, Schafe, Schlachtpremien, Extensivierungsprämien, Milchprämien.

<sup>5)</sup> Einschließlich Prämien für Aufforstung, sonstiger betriebsbezogener Beihilfen und Vergütungen (auch länderspezifische Maßnahmen), jedoch ohne Bundeszuschuss LUV.

<sup>6)</sup> Bund und Länder.

**Direktzahlungen und Zuschüsse** Wirtschaftsjahr 2004/2005 (Quelle: BMVEL)

**Landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe**

**Insgesamt nach Größenklassen**

Größenklassen (EGE)		16-<40	40-<100	>100	Insgesamt
Flächenzahlungen	€/ha LF	141	173	207	184
Prämien für Flächenstilllegung	€/ha LF	12	16	22	18
Prämien für Tiere und Milch	€/ha LF	86	87	63	76
Ausgleichszulage	€/ha LF	49	29	8	22
Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	91	48	22	42

### Ackerbau nach Größenklassen

Größenklassen (EGE)		16-<40	40-<100	>100	Insgesamt
Flächenzahlungen	€/ha LF	240	238	248	244
Prämien für Flächenstilllegung	€/ha LF	30	28	27	27
Prämien für Tiere und Milch	€/ha LF	12	13	8	10
Ausgleichszulage	€/ha LF	11	7	4	5
Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	44	30	17	24

### Ackerbau nach Produktionsschwerpunkten

Produktionsschwerpunkte		Getreide	Hackfrucht	Gemischt (Verbund)	Insgesamt
Flächenzahlungen	€/ha LF	271	207	207	244
Prämien für Flächenstilllegung	€/ha LF	31	22	23	27
Prämien für Tiere und Milch	€/ha LF	8	3	20	10
Ausgleichszulage	€/ha LF	7	1	4	5
Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	25	12	30	24

### Milch nach Größenklassen

Größenklassen (EGE)		16-<40	40-<100	>100	Insgesamt
Flächenzahlungen	€/ha LF	73	110	126	109
Prämien für Flächenstilllegung	€/ha LF	2	7	13	8
Prämien für Tiere und Milch	€/ha LF	98	118	140	123
Ausgleichszulage	€/ha LF	84	50	17	44
Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	123	62	24	59

### Sonstiger Futterbau nach Größenklassen

Größenklassen (EGE)		16-<40	40-<100	>100	Insgesamt
Flächenzahlungen	€/ha LF	64	101	132	97
Prämien für Flächenstilllegung	€/ha LF	3	8	12	7
Prämien für Tiere und Milch	€/ha LF	222	255	277	250
Ausgleichszulage	€/ha LF	60	34	18	38
Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	120	61	35	73

### Veredelung nach Größenklassen

Größenklassen (EGE)		16-<40	40-<100	>100	Insgesamt
Flächenzahlungen	€/ha LF	242	275	262	265
Prämien für Flächenstilllegung	€/ha LF	5	21	24	22
Prämien für Tiere und Milch	€/ha LF	23	9	15	14
Ausgleichszulage	€/ha LF	14	9	4	6
Zahlungen für Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	33	23	14	17

## **Agrarbeihilfeempfänger offen legen**

**Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Jörg-Diether Dehm-Desoi, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 16/1962; Vorab-Fassung)**

**Der Bundestag wolle beschließen:**

### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die Bundesregierung hat sich den UN-Millenniumszielen verpflichtet, in denen unter anderem die Halbierung der Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 vorgesehen ist. Zentral für die erfolgreiche Umsetzung dieses Zieles ist die Wiederherstellung der Ernährungssouveränität, die in vielen armen Ländern durch eine entwicklungsfeindliche Welthandelspolitik untergraben wurde. Verschiedene Studien nichtstaatlicher Organisationen haben dabei den schädlichen Einfluss der EU-Exportsubventionen auf die landwirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Südens, insbesondere in verschiedenen Staaten Afrikas und Lateinamerikas nachgewiesen.

Misereor veröffentlichte 2005 eine Studie über die Wirkung von Milchimporten aus der EU und anderer entwickelter Staaten auf die Wirtschaft in Burkina Faso. Das mit EU-Geldern subventionierte Trockenmilchpulver wird dort zu Dumpingpreisen angeboten, mit denen die einheimische Landwirtschaft nicht konkurrieren kann. Obwohl es derzeit rund eine Million Milchviehhirten in Burkina Faso gibt, was einem Zehntel der Gesamtbevölkerung entspricht, konsumieren die Einwohnerinnen und Einwohner in Ouagadougou und den anderen Städten des Landes fast ausschließlich die aus importiertem Trockenpulver gewonnene Milch. Entsprechende Auswirkungen von Exportsubventionen hat auch eine 2004 von German Watch veröffentlichte Studie ergeben. Von den 150 Millionen Litern Milch, die auf Jamaika jährlich verbraucht werden, stammen nicht mehr als 12 Prozent aus einheimischer Produktion. Während die europäischen Milchpulverexporte nach Jamaika zu subventionierten Dumpingpreisen in den 90er Jahren von 1200 auf 6300 Tonnen anstiegen, sank die Milchproduktion jamaikanischer Kleinbauern im gleichen Zeitraum von 2,5 Millionen auf 300.000 Liter.

Agrarexportssubventionen haben auf diese Weise in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Existenzgrundlage einiger hundert Millionen Bauern in den armen Staaten der Welt untergraben. Diese Entwicklung erklärt, warum die Mehrheit der weltweit 850 Millionen chronisch unterernährten Menschen auf dem Lande lebt. Gleichzeitig profitieren davon in Europa lediglich die großen, exportorientierten Betriebe. Empfänger sind nicht nur landwirtschaftliche Unternehmen im engen Sinne, sondern auch Exporteure anderer Branchen, insbesondere die verarbeitende Lebensmittelindustrie. Das auf der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong im vergangenen Dezember beschlossene Auslaufen aller Exportsubventionen im Agrarbereich bis zum Jahr 2013 entsprach daher den Forderungen vieler Entwicklungsländer, ohne die Interessen der kleinen und mittleren Bauern in Europa zu beschädigen.

Für die Produktionssubventionen steht ein entsprechender Beschluss indes noch aus. Viele kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in Europa, die nicht für die Ruinierung bäuerlicher Strukturen in den Entwicklungsländern verantwortlich sind, hängen von diesen Subventionen ab. Mit diesem Argument haben sich die Bundesregierungen in der Vergangenheit der Offenlegung der Agrarbeihilfeempfänger widersetzt. Aber auch bei den Pro-

duktionssubventionen profitieren vor allen Dingen jene, die schon viel haben. Das zeigen die Berichte jener europäischen Länder, die im Unterschied zu Deutschland die ausgezahlten Agrarbeihilfen mit konkreten Angaben zu Ausgabenzweck, Empfängerbetrieben und Zahlungshöhe veröffentlicht haben. Als erstes Land hat Dänemark im Frühjahr 2004 entsprechende Statistiken offen gelegt; es folgten Schweden, Großbritannien, einige Regionalregierungen Spaniens, die Niederlande und Frankreich.

Oxfam veröffentlichte im November 2005 ihre Auswertung der Subventionsberichte dieser Länder und kam zu dem Ergebnis, dass

- in Großbritannien die königliche Familie ein großer Empfänger von Agrarsubventionen ist, ebenso wie der Zuckerkonzern Tate & Lyle;
- in Dänemark im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik insgesamt eine siebenstellige Summe an vier Minister der Regierung, mehrere Parlamentsabgeordnete und die dänische EU-Kommissarin ausgezahlt wird;
- in den Niederlanden das Unternehmen des Landwirtschaftsministers Cees Verman 150.000 Euro an Agrarsubventionen erhielt; Aus einem im September 2005 publizierten Katalog der Evert Vermeer Stichting ging hervor, dass die fünf meistbegünstigten Firmen, darunter Nestlé Nederland und das Industrieunternehmen Verwerkings Industrie Vreeland, in den Jahren 1999 bis 2003 zusammen 2,39 Mrd. Euro an Agrarsubventionen erhielten. Unter den vierzig meistbegünstigten Unternehmen befanden sich der Bierbrauer Heineken und der Zigarettenhersteller Philip Morris.

In Deutschland haben sich 21 anerkannte Nichtregierungsorganisationen, darunter Greenpeace, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Brot für die Welt unter dem Motto „Wer profitiert?“ zusammengeschlossen und fordern von der Bundesregierung die Offenlegung der Agrarbeihilfeempfänger. Sie betonen, dass das derzeitige Vergabesystem auch innerhalb der EU eine Dumpingwirkung erzeugt. Ein flächenstarker, durchrationalisierter Betrieb kann umgerechnet auf eine betriebliche Arbeitskraft jährlich bis zu 120.000 Euro vom Staat erhalten. Der Durchschnitt aller Betriebe erhält mit rund 8.500 Euro weniger als ein Zehntel davon. Arbeitsintensive und an ökologisch-nachhaltiger Bewirtschaftung orientierte Landwirtschaftsbetriebe werden klar benachteiligt. Die bisherige Intransparenz bei der Vergabe der Agrarbeihilfen verdeckt, dass sie in der derzeitigen Form strukturell die Arbeitslosigkeit auf dem Lande fördern.

## **II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,**

- in Anlehnung an die Informationspraxis in anderen EU-Mitgliedstaaten wie Dänemark, Frankreich und den Niederlanden konkrete Angaben zu Direktzahlungen und Agrarsubventionen zu veröffentlichen;
- eine Übersicht zu erstellen und zu veröffentlichen, aus der die Verteilung der Direktzahlungen nach Höhe und nach begünstigten Unternehmen in aggregierter Form hervorgeht;
- eine Übersicht zu erstellen und zu veröffentlichen, aus der die Direktzahlungen an die 100 Unternehmen hervorgehen, die die höchsten Agrarbeihilfen in Deutschland erhalten;
- eine Übersicht zu erstellen und zu veröffentlichen, aus der die durchschnittliche Höhe der ausgezahlten Agrarsubventionen pro Arbeitskraft und Hektar, sowie differenziert nach Lage in begünstigten, bzw. benachteiligten Gebieten hervorgeht.

## Der Entwicklungspolitische Rundbrief wird herausgegeben von:

### Heike Hänsel, MdB

Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Obfrau der Fraktion DIE LINKE. im Unterausschuss Vereinte Nationen

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 179  
Fax: 030 227 – 76 179  
[heike.haensel@bundestag.de](mailto:heike.haensel@bundestag.de)

Mitarbeiter:  
Dr. Alexander King  
Henning Zierock

Wahlkreisbüro Tübingen (vorläufige Adresse):  
Heike Hänsel MdB  
Ammergasse 14  
72070 Tübingen

Telefon: 07071 – 20 88 10  
Fax: 07071 – 20 88 12

Wahlkreismitarbeiterin: Traudel Horn-Metzger  
[traudel.horn-metzger@heike-haensel.de](mailto:traudel.horn-metzger@heike-haensel.de)

Wahlkreismitarbeiter: Frederico Elwing  
[frederico.elwing@heike-haensel.de](mailto:frederico.elwing@heike-haensel.de)

Homepage: [www.heike-haensel.de](http://www.heike-haensel.de)

Dr. Armin Osmanovic  
Telefon: 030 – 227 52131

### Hüseyin-Kenan Aydin, MdB

Obmann der Fraktion DIE LINKE. im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 – 227 73 491  
Fax: 030 – 227 76 491  
[hueseyin.aydin@bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@bundestag.de)

Mitarbeiter/innen:  
Sonay Ataç  
Dr. Frank Renken

Wahlkreisbüro in Duisburg:  
Hüseyin-Kenan Aydin MdB  
Mülheimer Str. 57  
47058 Duisburg

Telefon: 0203 – 80 55 677  
Fax: 0203 – 80 55 674

Wahlkreismitarbeiterin: Martina Ammann-Hilberath  
[hueseyin.aydin@wk.bundestag.de](mailto:hueseyin.aydin@wk.bundestag.de)

Referent für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
[amin.osmanovic@linksfraktion.de](mailto:amin.osmanovic@linksfraktion.de)